



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Motion von Marie-Therese Beeler, Fraktion Grüne/EVP:
Erweiterung der Unterbringungsmöglichkeiten und Schutz von besonders verletzlichen Personen während Asylverfahren

Autor/in: [Marie-Therese Beeler](#)

Mitunterzeichnet von: Augstburger, Bammatter, Bänziger, Brenzikofer, Fritz, Heger, Kirchmayr, Schoch und Stokar

Eingereicht am: 27. August 2015

Bemerkungen: Als dringlich eingereicht
[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Viele Flüchtlinge, die in der Schweiz Asyl beantragen, haben bedrohliche und traumatisierende Erfahrungen hinter sich. Ihre Aufnahme wird vom Bund an die Kantone delegiert und im Kanton Baselland werden die Flüchtlinge weiter an Gemeinden "verteilt", die zum Teil mit der Aufnahme überfordert sind, keine geeigneten Unterkünfte haben und die Betreuung administrativ an spezialisierte Firmen übertragen. Diese Situation führt bei einem Teil der Flüchtlinge zu einer Überforderung, die ihre Traumatisierung noch verstärkt und für die Entwicklung ihrer Zukunft nichts Gutes verheisst. Jede Person, die durch Abläufe im Asylverfahren die Chance hat, ihr Leben auf eigene Füße zu stellen, wird nicht nur ein menschenwürdiges Leben vor sich haben, sondern auch die Gesellschaft vor Folgeproblemen entlasten.

Für die Unterbringung von minderjährigen Asylsuchenden wurde bereits von Andreas Bammatter eine dringliche Motion eingereicht, die einen wesentlichen Ansatz zur Verbesserung der Unterbringung und Betreuung von sogenannten UMA im Asylverfahren fordert.

Die Vielzahl der Flüchtlinge und ihrer Schicksale legt noch weitere Schritte nahe, die eine Problemlösung und Entlastung im Asylwesen unterstützen können:

- Zahlreiche Menschen im Kanton BL wären bereit, besonders verletzte Personen, insbesondere Familien mit Kindern, in privaten Wohneinheiten aufzunehmen. Dies ist im Kanton BL jedoch nicht möglich. Das Wohnen in eigenen vier Wänden wäre gerade für allein reisende Frauen oder Familien jedoch ein wichtiger Schutz. Eine sozialpädagogische Kontaktperson von aussen müsste in einem solchen Fall jedoch ermöglichen, dass die VermieterInnen nicht die Rolle von SozialarbeiterInnen übernehmen (müssen).
- Die Begleitung von besonders verletzlichen Personen lässt generell zu wünschen übrig. Grosse Probleme werden erst erkannt, wenn sie massive öffentliche Auswirkungen haben (psychiatrische Einweisungen, Gewaltkonflikte etc.).

Ich bitte den Regierungsrat dringlich um die Realisierung gesetzlicher Grundlagen, die während des Asylanerkennungsverfahrens die Möglichkeit einer privaten Unterbringung ermöglichen und die sozialpädagogische Begleitung besonders verletzlicher Personen gewährleistet.